

MEIN ZUM KRIEG

Den Terror bekämpfen! Den Krieg beenden!

„In sechs Monaten wird diese Gräueltat für einen großen Teil der Welt nur noch Geschichte sein, während jedes neue Fernsehbild von einem getroffenen Krankenhaus, von durch Minen verkrüppelten Kindern, von Flüchtlingen den Hass unserer Gegner stärken, die Reihen der Terroristen füllen und neue Zweifel bei unseren Unterstützern säen wird.“

Dies schreibt Sir Michael Howard, einer der bekanntesten britischen Historiker, über die Anschläge des 11. September.

Die Terroristen verfügen über ein international verzweigtes Organisations- und Finanznetz. So lernten die Täter der grausamen Anschläge vom 11. September in Deutschland und in den USA das Fliegen. Ob sie jemals eines von Bin Ladens Terroristenausbildungslagern in Afghanistan besucht haben, ist nicht bekannt. Wenn Bin Laden der Drahtzieher ist, benötigten sie wohl am meisten sein Geld, aber das kann man mit Bomben nicht vernichten.

Die Vertreibung der Taliban aus wichtigen Städten hat die Hoffnung genährt, der Krieg könne das grausame Taliban-Regime beseitigen. Doch sie kontrollieren noch den Teil des Landes, in dem zwei Drittel der Menschen leben und ein langer Guerillakrieg ist zu befürchten. Zweifelhaft ist auch, ob die neuen Machthaber besser sind. Dazu sagt die viel zitierte indische Schriftstellerin Arundhati Roy, dass „die Taten der Nordallianz sich von denen der Taliban nicht sonderlich unterscheiden.“ Die Nordallianz sei ein „brüchiger Verband brutaler Kriegsherren, Ex-Kommunisten und unbeugsamer Kleriker.“ Zur Strategie der USA schreibt sie zornig: „Erst heißt es: Unterstützt Saddam Hussein, dann: Schafft ihn beiseite; erst: Finanziert die Mudschahedin, dann: Zerbombt sie in tausend Stücke; jetzt also: Setzt Zahir Schah ein und wartet ab, ob er artig ist.“

„Zum Wesen des Kriege-

gehört es vor allen Dingen, dass es auch unschuldige Opfer gibt. Oft werden, wie wir wissen, die Ungerechten zuletzt getroffen; es werden viele Gerechte getroffen.“ Recht hat Joschka Fischer, als er dies am 8.11. vor dem Bundestagsplenum gesagt hat. So ist denn auch die Liste der so genannten „Kollateralschäden“ des Bombenkrieges entsetzlich lang. Die ohnehin schon schlimme Flüchtlings- und Ernährungssituation hat sich durch den Krieg noch erheblich verschlechtert. Auch wenn sich die Situation im Norden durch die Vertreibung der Taliban entspannen kann, so verschlechtert auch vier Tage nach der Befreiung von Kabul sich die humanitäre Lage weiter. Es fehlt an Lebensmitteln, Stromversorgung und Infrastruktur.

Jährlich sterben in Afghanistan etwa 1.000 Personen durch Minen oder nicht explodierte Sprengkörper. Darin sind diejenigen Opfer, die „nur“ einen Arm oder ein Bein verloren haben, noch gar nicht eingerechnet. Die Zahl der Opfer wird sich nach Angaben des Auswärtigen Amtes durch die US-Angriffe erhöhen, da statistisch ca. 10-30% aller Bomben nicht explodieren.

Am 11. September habe sich die Welt geändert, heißt es überall. Aber die Antworten sind die alten: Bombenkrieg und Unterstützung fragwürdiger Kräfte. Hingegen wird eine schnellere Stilllegung der Atomkraftwerke oder die Bekämpfung der Proliferation atomwaffenfähiger Materials überhaupt nicht diskutiert. Der erste Anschlag auf das World Trade Center von 1993 hat gezeigt, dass man die Täter ohne Krieg fassen kann, denn sie sind in New York, Ägypten und Pakistan verhaftet worden. Sicherheit vor neuen Attentaten gibt das allein natürlich nicht. Dazu müsste der Boden ausgetrocknet werden, den die Terroristen für ihre eigenen, ganz anderen Ziele skrupellos benutzen. Terror wird vor allem dadurch gefördert, dass, wie es ein ehemaliger russischer General ausgedrückt hat,

auf der Welt „eine Minderheit im Schatten einer vegetierenden Mehrheit in Saus und Braus lebt.“

Besonders fragwürdig ist es, wenn die deutsche Teilnahme noch nicht einmal durch militärische Notwendigkeiten (die es nicht gibt), sondern durch den Wunsch, den außenpolitischen Einfluss zu vergrößern, begründet wird. Deutschland agiert militärisch nicht im Rahmen der EU, sondern schickt sich an, mit Großbritannien und Frankreich gewissermaßen in der ersten Reihe zu sitzen. Frankreich spielt allerdings nur die zweite Geige, man erinnert sich im weißen Haus wohl noch daran, dass der französische Präsident damals gegen einige Bombenziele Einspruch angemeldet hat. Es wäre fatal, wenn sich in dem angekündigten „langen Krieg“, der später auch andere Länder treffen wird, Deutschland als Partner, der keine kritischen Fragen stellt, etablieren würde. Echte Solidarität muss zugleich auch eine kritische Solidarität sein! Der Friedensnobelpreisträger Willy Brand hat dazu gesagt: „Auch mächtige Freunde nicht im Stich zu lassen, wenn sie ernste Probleme haben, ist eine Sache, sich mit ihnen nicht zu solidarisieren, wenn sie eine falsche Politik verfolgen, ist eine andere.“ Parteibeschlüsse können den Krieg nicht stoppen. Wir wissen aber, dass in einem demokratischen Land die öffentliche Meinung und die Haltung der Parteien für die politische Entscheidungsfindung eine große Rolle spielt. Deshalb ist es nicht unwichtig, welche Haltung sie einnehmen. **Wir wollen nicht, dass durch den vom Parlament ausgestellten Blankoscheck, der weder Ort noch Zeit noch Ziel des Bundeswehreinsatzes festgelegt hat, eine gefährliche Entwicklung vorangetrieben wird, nach der wir letztlich jeden Krieg aus Gründen der Bündnistreue oder gar der außenpolitischen Einflusssteigerung unterstützen.**

Stefan Riese Vorstand KV Münster

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

Zu dieser Zeitung:

Diese Zeitung wird herausgegeben von folgenden bündnisgrünen Kreis- und Ortsverbänden:

KV Bonn
OV Billerbeck
KV Coesfeld
KV Dortmund
OV Dülmen
KV Duisburg
OV Ennepetal
KV Ennepe-Ruhr
KV Essen
KV Gelsenkirchen
OV Greven
GAL-Nord Hamburg
KV Havixbeck
KV Heilbronn
KV Holzminden
OV Königswinter
KV Leverkusen
KV Münster
OV Mettmann
OV Nottuln
KV Oberberg
KV Oberhausen
KV Passau-Land
OV Schwelm
KV Steinfurt
OV Telgte
KV Warendorf
OV Warendorf

Der Name dieser Zeitung ist Programm, sie ist offen:

für Kritik und Anregungen ebenso wie für aufmunternde Schreiben und Spenden. Auch freuen wir uns natürlich, wenn sich weitere Kreis- und Ortsverbände entschließen, dem HerausgeberInnenkreis beizutreten. Die abgedruckten Beiträge entsprechen selbstverständlich nicht notwendigerweise der Position sämtlicher HerausgeberInnen.

Gemeinsam hoffen wir aber, dass wir uns nicht in kommenden Ausgaben mit einem Krieg in Irak, Somalia oder anderswo beschäftigen müssen.

Die Redaktion



Die Interessenallianz für Absatzmärkte und Erdöl

Deutschland und die Bundeswehr weltweit im Einsatz

Die friedliche und demokratische Zukunft Afghanistans liegt noch im Nebel der Berge am Hindukusch verborgen. Die Stunde der Strategen in den Militär- und Finanzschatzzentralen der westlichen Welt ist aber schon längst gekommen. Zahlreiche Staaten – wie auch die Bundesrepublik – haben einen Blick auf die in der Region reichlich vorhandenen Bodenschätze geworfen.

Es geht aber noch um mehr als die bloße Partizipation im Verteilungsstreit. Wenn in Zentralasien – wie geschätzt – rund 250 Milliarden Barrel Öl liegen, braucht es eine stabile, westlich dominierte Ordnung, die sowohl die Verfügungsgewalt als auch sichere Transportwege garantiert.

Die politische Antiterrorallianz ist, neben den USA, ein Bündnis der „eurasischen Landmasse“ (Zbigniew Brzezinski, US-Außenpolitikexperte), in der sich nach dem Wegfall des Einflusses der ehemaligen Weltmacht Sowjetunion deshalb neue Notwendigkeiten und Konstellationen ergeben. Insofern ist es fast schon zynisch, dass der grauenhafte Terroranschlag von New York jetzt

unter militärstrategischen Aspekten nicht nur den USA die Chance bietet, die seit langem aus ihrer Sicht ordnungsbedürftigen Machtverhältnisse in Zentralasien neu zu regeln. Dabei haben aber auch die Europäer und Deutschland machtstrategische Interessen, die nicht zu unterschätzen sind.

Bereits in diesem Frühjahr (FAZ 15.5.2001) beschrieb Achim Schmillen, enger Mitarbeiter und Leiter des Planungsstabs von Außenminister Joschka Fischer, die deutsche und europäische Interessenslage am Hindukusch. „Wenn die europäische Integration und die NATO-Erweiterung den erwarteten Weg nimmt, wird es bald nur noch einen Raum mit einem einheitlichen Willen zwischen Europa und der Region geben, nämlich die russische Föderation. Jede Instabilität in der Region Zentralasien wird unmittelbare Auswirkungen auf die europäische Politik haben... Die Instabilität der Transformationsperiode, ethnische und religiöse Unterschiede, die wachsende Korruption und ein rascher Wettbewerb um Naturvorkommen stellen die Konfliktpunkte der Region dar.“

Da es sich aus Schmillens

Sicht bei Afghanistan und seinen Nachbarstaaten „um die ‚natürliche Kommunikationsbrücke‘ zwischen Zentralasien, Südasien, China und dem Westen handelt“ und „die größte Gefahr für die Region vom militanten islamischen Fundamentalismus ausgeht“, liegt für ihn die Konsequenz auf der Hand: „Das Interesse Europas muss deshalb darin bestehen, sicherzustellen, dass die Region stabilisiert wird.“

Kampf um Vormachtstellung und um Erdöl

Der Kampf um die ökonomische Hegemonie und um politischen Einfluss in der Region könnte aber auch zu einem neuen „great game“ führen, wie dies bereits im 19. Jahrhundert dort stattgefunden hat. Die beschriebenen Aussichten auf langfristige Gewinne im Öl- und Gasgeschäft, die Sicherung der Absatzmärkte für deutsche Unternehmen in einer Region, in der die Karten nicht nur durch die Militäreinsätze dauerhaft neu gemischt werden, kann ohne Frage ein Motiv der Bundesrepublik sein, sich an der Militäroperation „Enduring Freedom“ zu beteiligen. Im Gegensatz aber zur

Situation im von amerikanischen Sanktionen betroffenen Iran, wo deutsche Unternehmen rege Aktivität in einem der lange als „Schurkenstaat“ definierten Mächte der Region entfalten und rund 400 deutsche Unternehmen auf dem dortigen Markt ohne amerikanische Konkurrenz aktiv sind, gibt es hier möglicherweise zukünftig eine schwierigere Ausgangslage. Lukrative Geschäfte verspricht sie aber für die Beteiligten allemal.

Es gibt aber zudem auch noch einen weiteren bedeutenden geopolitischen Faktor, der für die Entwicklung der Region von Bedeutung ist. Die zentralasiatischen Staaten haben keinen Zugang zum Meer, was insbesondere für den Abtransport des in Aserbaidschan und Turkmenistan reichlich vorhandenen Erdöls ein Problem ist. Die wirtschaftlich interessante Pipeline-Trasse läuft nicht durch den politisch schwierigen Iran sondern durch Afghanistan über Pakistan an den Indischen Ozean.

Unter Beteiligung der US-amerikanischen Firma „Unocal“ sollte bereits eine 1600 km lange Pipeline von Turkmenistan bis nach Pakistan gebaut werden.

Seit 1995 gab es zudem das Bestreben der Staaten Turkmenistan, Afghanistan, Pakistan und Usbekistan, das Projekt einer zentralasiatischen Gaspipeline zu realisieren. Vom kaspischen Meer sollte diese möglicherweise bis nach Indien führen, um die dortigen Erdgas-Märkte zu erschließen. Beide Projekte scheiterten in den Jahren 1998 und 1999 an diversen Widerständen in der Region und divergierenden Interessenlagen der Beteiligten. Die „Unocal“ wartet, wie auch viele Anbieter westlicher Staaten, weiterhin darauf, das Projekt zu realisieren.

In diesem Zusammenhang wurde, was die Sicherung einer Pipeline-Route durch Afghanistan und Pakistan anbelangt, im Januar diesen Jahres vom Auswärtigen Amt Handlungsbedarf angemeldet und im Rahmen von Außenminister Fischers Zentralasien-Reise im Frühjahr eine konzertierte Planung mit den USA, Russland und China angeregt. Aber nicht nur um Öl und Gas geht es. In Usbekistan werden jährlich 50 Tonnen Gold geschürft, in Tadschikistan gibt es das größte Silbervorkommen der Welt, in Kirgisien gibt es riesige

Uranvorkommen, Kasachstan verfügt über große Erdölvorräte.

Maß des Mitwirkens bestimmt Einfluss der BRD

Und hier treffen sich wirtschaftliche und machtpolitische Interessen. Es geht nicht nur darum, das russische Monopol für die Energierohstoffe aus Zentralasien zu brechen, sondern auch darum, einen geographisch breiten Sicherheitsgürtel um die Länder am Persischen Golf zu ziehen, dem größten Erdölzentrum der Welt.

Die weiter im Raum stehende Unklarheit über die tatsächlichen Anforderungen an die deutsche Militärbeteiligung macht deutlich, dass die Bundesrepublik hier bereit ist, große Risiken auf sich zu nehmen, um zukünftig auch militärisch mitzumischen. Niemand weiß, wie diese Militäroperation in einem bislang vollkommen unbekanntem Gebiet mit unklarem Ausgang beendet wird. Doch die militärische Beteiligung Deutschlands stellt nicht nur einen Beitrag im Kampf gegen den internationalen Terrorismus dar, sondern vor allem auch „eine langfristige Investition in die Absatzmöglichkeiten deutscher Unternehmen in der eurasischen

Landmasse“ (Brzezinski). Deutschland ist wieder weltweit dabei – und vielleicht können sich auch deutsche Unternehmen nach siegreicher Beendigung des Afghanistan-Krieges bald an dem Firmenkonsortium zum Bau einer Erdöl-Pipeline beteiligen. Oder wie es Ewald Stein im Handelsblatt am 14. November schreibt: „...der nach den Anschlägen vom 11. September gestartete Krieg (dürfte d.V.) alsbald nur noch eine Episode sein, an die man sich freilich mit Grauen erinnern wird.“

Rüdiger Sagel
MdL NRW
Carsten Peters
Vorstand Münster

Deutschland in der NATO-Bündnisfalle?

Geschäftsgrundlage für den Bündnisfall laut NATO-Vertrag ist, dass ein bewaffneter Angriff auf ein NATO-Mitglied erfolgt; natürlich hatte man 1949 an einen staatlichen Akteur gedacht. Übrigens auch 1991 und 1999 noch, als die NATO ihre strategische Konzepte in Rom und Washington verabschiedete.

In diesen Dokumenten wird nämlich ausdrücklich zwischen „bewaffneten Angriffen“ einerseits und „Risiken“ in Form von „Terror- und Sabotageakten“ andererseits unterschieden. Während bei den Angriffen die Artikel 5 und 6, also die Sache mit dem Bündnisfall, greifen, sollen bei Terrorakten „Konsultationen nach Artikel 4“ stattfinden. Dieser besteht aus einem einzigen Satz: „Die Parteien werden einander konsultieren, wenn nach Auffassung einer von ihnen die Unversehrtheit des Gebiets, die politische Unabhängigkeit oder die Sicherheit einer der Parteien bedroht sind.“ 1999 hat die NATO unzweideutig beschlossen, dass u.a. die Risiken in Form von Terrorakten durch „nicht unter Artikel 5 fallende Krisenreaktions-einsätze“ beantwortet werden können.Als solch ein Einsatz wur-

de 1999 auch der Angriffskrieg gegen Jugoslawien bezeichnet. Die meisten Menschen denken, dass der Bündnisfall automatisch militärischen Beistand zur Folge hat. Der NATO-Vertrag stellt jedoch den NATO-Mitgliedern die Wahl der Mittel völlig frei. Sie können ein Beileidstelegramm schicken, aber auch militärische Hilfe bei der Selbstverteidigung leisten. Wenn sich die Schröder-Regierung und die Bundestagsmehrheit für die militärische Komponente entschieden haben, leitet sich das also nicht juristisch und zwingend aus dem NATO-Vertrag ab („Bündnisverpflichtung“), sondern ist politisch motiviert. Die Grundidee, warum Deutschland generell bei Kriegen mit von der Partie sein sollte, hat übrigens der frühere Verteidigungsminister Rühle bereits am 26.11.1992 in seinen verteidigungspolitischen Richtlinien klar gemacht: „Wenn ... der Frieden gefährdet ist, muss Deutschland auf Anforderung der Völkergemeinschaft auch militärische Solidarbeiträge leisten können. Qualität und Quantität der Beiträge bestimmen den politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden kön-

nen.“ Eigentlich kommen NATO-Einsatzbeschlüsse auch ohne Berufung auf den Bündnisfall aus, wie 1999 beim Krieg gegen Jugoslawien geschehen. Ein Vorteil ist natürlich, dass der defensive Charakter (Selbstverteidigung) betont wird. Der rote Faden ist jedoch die Zurückdrängung der UNO und die weitere Aushöhlung des Völkerrechts. Hier wirkt der Terrorismus als Katalysator. Auch für den Afghanistan-Krieg gibt es entgegen gängiger Behauptungen kein UN-Mandat. Am 12.9. hat der UN-Sicherheitsrat die Staaten aufgefordert, die Täter zu verfolgen, auszuliefern usw., gleichzeitig das Recht auf Selbstverteidigung anerkannt. Dieses gilt jedoch laut UN-Charta nur solange „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat.“ Wäre der Sicherheitsrat also untätig geblieben, läge die Selbstverteidigung in der Hand des angegriffenen Staates, also der USA. Das Recht auf Selbstverteidigung ist jedoch „erloschen“, weil der Sicherheitsrat am 26.9. einen ausführlichen Beschluss gefasst und darin die entsprechenden Maßnahmen ergreift . Von der Ermächtigung zu Militärschlägen ist in diesem zwei-

ten UN-Sicherheitsratsbeschluss nicht die Rede.

Welchen Sinn hatte nun die Ausrufung des Bündnisfalles? Für die US-Regierung war es ein Instrument, um die anderen NATO-Regierungen auf ihre Anti-Terror-Strategie einzuschwören, die unmissverständlich Kriegshandlungen gegen sogenannte Schurkenstaaten wie Afghanistan vorsieht. Indem die europäischen Partner eingebunden werden, wird die Hegemonie der USA wiederhergestellt. An dieser hatten die EU-Staaten mit ihren Plänen für eine autonome EU-Interventionstruppe in den letzten zwei Jahren gerüttelt. In den letzten Wochen sind sie wieder kleinlaut geworden. Es ist für EU-Regierungen wieder wichtiger, Einfluss in der NATO zu haben als an Konkurrenzprojekten zur NATO zu werkeln.

Ulrich Cremer
GAL Hamburg

Mitherausgeber des Buches „Die Bundeswehr in der neuen Weltordnung“
Er war Initiator der GRÜNEN Anti-Kriegs-Initiative und bis Februar 1999 Sprecher des Fachbereichs Außenpolitik bei Bündnis 90/ Die Grünen

Bedrohlich scheinen nicht nur die Terroristen des 11. September. Unbehagen muss allen BetrachterInnen des Weltgeschehens bereiten, dass der Großteil der sicherheitspolitischen Konzepte sich immer noch auf die Bedrohung durch den Krieg zwischen Staaten bezieht.

Angesichts der steigenden Bedeutung halbstaatlicher und privater Kriegakteure ist eine grundlegende politische Neuorientierung überfällig.

Bedrohlich ist, dass der klassische Krieg nach wie vor die erste und zentrale Antwort auf ein monströses Gewaltverbrechen ist, das als „Innovation“ im Spektrum der Terrorakte bezeichnet werden kann. Wenn das Ziel von Friedenspolitik eine friedlichere Welt ist und das Ziel von Sicherheitspolitik eine sicherere, muss sie sich zuerst mit der veränderten Realität des Krieges beschäftigen. Die Frage ist zu stellen, unter welchen Bedingungen terroristische oder kriegerische Organisationen ohne festes Staatsgebiet sich entwickeln.

Denn vieles spricht dafür, dass die Al-Quaida nur eine Spielart von mehreren möglichen Formen der zügellosen Gewaltentwicklung ist. Neben der ideologischen und psychologischen Disposition der terroristischer Täter, neben dem verheerenden Zustand der politischen Systeme im Nahen Osten stellt sich das in der sogenannten Dritten Welt zunehmende Auseinanderbrechen gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen als wichtigste Bedingung für die Produktion privater Kriegsgewalt dar.

Gescheiterte Modernisierung und brachiale Globalisierung: Entstehungsbedingungen privater Gewaltmärkte

Seit rund zehn Jahren ist eine Zunahme von kriegerischen Konflikten zu verzeichnen, in denen nichtstaatliche Gewaltorganisationen die Hauptrolle spielen –

meist bewaffnete Gruppen unter der Führung sogenannter „Warlords“ oder auf deutsch: Kriegsherren. Der Berliner Ethnologe Georg Elwert macht deren Gebiete als „Aufmarsch- und Rückzugsgebiet“ von Organisationen des Typs Al-Quaida aus. Ob in Afghanistan, Liberia, Kongo, Somalia oder Sierra Leone: Überall läßt sich ein ähnliches Grundmuster von Entstehungsbedingungen für gewalttffene Räume erkennen. Wenn in einer traditionellen Gesellschaft ein gesellschaftliches Geflecht von Patronage, Stammesnetzwerken und ethnischen Bindungen durch Krieg, wirtschaftliche Krisen und blockierte Modernisierungsprozesse endgültig aus dem Lot gerät, bedeutet dies oft den Anfang eines Zerfallsprozesses.

Nahezu unaufhaltsam ist dieser, wenn weder eine zivilgesellschaftliche Basis noch ein moderner Staat als Legitimationszusammenhang und als Ressource zur Organisation von politischen Konflikten zur Verfügung steht. Besiegelt ist er, wenn von außen keine Hilfe kommt.

„Kalashnikov Lifestyle“ und internationale Beutejäger

Gewalt wird dann zum wichtigsten Mittel, um Eliten den Unterhalt zu sichern. Der Beutezug ersetzt zunehmend die Produktion. Militarisierte Gewalt wird fester Bestandteil politischer Strategien, das Kriegsherrentum setzt sich militärisch und als Lebensform durch. Junge Männer sehen in der Mitgliedschaft in einer Miliz vielfach die einzige Möglichkeit, einen gewissen Status und ein Einkommen zu erlangen. In dem kleinen Liberia nahm die Zahl der bewaffneten Milizionäre innerhalb weniger Jahre nach dem Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols dramatisch zu und dürfte bis Ende der 90er Jahre auf über 60.000 angewachsen sein.

Mit dem „Kalashnikov Lifestyle“ wird Waffengewalt zum

Alltagsphänomen und die Grenze zwischen Zivilbevölkerung und kriegführender Bevölkerung verwischen. Ein Gewaltmarkt hat sich etabliert.

Doch die Existenz von Kriegsherren ist nicht ohne die Einflussnahme externer Interessengruppen erklärbar: Im Fall Afghanistans ist die Subvention der Taliban durch die USA hinlänglich beschrieben worden. Alle Raubökonomien der Kriegsherren sind auf Schnittstellen zu den Waffen- und Rohstoffmärkten angewiesen. Häufig treten die Warlords direkt als Vertragspartner von Rohstoffkonzernen auf – so etwa im Kongo. Nicht selten führen konkurrierende Kriegsherren einen Stellvertreterkrieg für Rohstoffkonzerne und die dahinter stehenden Staaten. In den gewalttffenen Räumen setzen Groß- und Regionalmächte mittlerweile auch Söldnerarmeen ein. Widersprüchen und Fragen darf nicht mehr ausgewichen werden: Wie kann Frieden hergestellt oder gesichert werden, wenn die Kriegführenden gesellschaftliche Gruppen sind, deren Rationalität sich stärker nach ökonomischen Kalkülen, ethnischen Differenzierungen oder vernetzten Patronagebeziehungen richtet? An wen können sich die Institutionen internationaler Politik richten, wenn den Akteuren nach politischer Opportunität wechselweise die Rolle von „Staatsmännern“, „Warlords“, „Terroristen“ und „Kriminellen“ zugeschrieben wird? Sicher ist angesichts der Gemengelage zunächst nur eins: Eine Sicherheitspolitik, die sich je nach strategischer Günstigkeit der Gewaltmärkte bedient, diese zulässt oder fördert, wird nicht nur den Nährboden, sondern das Heimatgebiet vieler weiterer Generationen von Gewaltorganisationen bestellen.

Markus Kurth
Sprecher KV Dortmund

„Es würde ein Blutbad geben“

Mit diesen Worten charakterisiert der Chef des „Kommando Spezialkräfte“ (KSK) der Bundeswehr, Brigadegeneral Günzel die Risiken eines Einsatzes von militärischen Spezialeinheiten zur ergreifung von Bin Laden. Er hält eine Ergreifung „ohne erhebliche

eigene Verluste“ für „so gut wie unmöglich“.

Günzel in einem Interview von SPIEGEL-Online: „Bin Laden umgibt sich mit einem Schutzkräfte-Kordon von bestimmt hundert bis zweihundert Mann, die alle bereit sind, bis zum letzten

Blutstropfen zu kämpfen. Spezialkräfte kommen leicht bewaffnet, ungeschützt, es würde ein Blutbad geben.

Keine Spezialeinheit der westlichen Welt könnte einem solchen Einsatz zustimmen.“

Kein Frieden, keine Demokratie ohne Beteiligung der Frauen

„Bombardierung beenden – Zivilbevölkerung schützen – Frauen stärken!“

Mit diesem Beschluss forderte der grüne Bundesfrauenrat am 14.10. die Bundestagsabgeordneten der Partei auf, ihre Haltung zur aktuellen amerikanischen Kriegsführung zu überprüfen.

Er richtete damit den Blick auf die Situation und Rolle der Frauen und kritisierte die Fokussierung der Weltöffentlichkeit auf die afghanischen Warlords, auf Nordallianz, Taliban und die Herren aller Länder mit ihren militärischen und sicherheitspolitischen Strategien. Von den massiven jahrelangen Menschenrechtsverletzungen an Frauen durch das Taliban-Regime nahm die offizielle Politik jahrelang kaum Notiz. Wie auch in anderen Kriegen erleben wir nun nach Wochen des Krieges die Instrumentalisierung des Elends von Frauen und Kindern zur Aufrechterhaltung eines militärischen Vorgehens, mit dem eben nicht Bin Laden und das islamistische Terroristennetzwerk gezielt getroffen werden, sondern vor allem eine in 20 Kriegsjahren und durch Dürre drangsalierete Zivilbevölkerung. Dieses Leiden steigert sich noch durch Bomben von oben, Zerstörung der Infrastruktur, Hungertod und Erfrieren, Flucht von Hunderttausenden in Richtung geschlossener Grenzen über flächendeckend vermutetes Gebiet. KritikerInnen innerhalb

und außerhalb der Parteien proklamieren: Die jetzige Kriegsführung unter dem Etikett von Terrorismusbekämpfung ist absurd und menschenverachtend, sie ist nicht Lösung, sie ist Teil des Problems. Im Schatten der Wahrnehmung bleiben geostrategische und ökonomische Interessen der Industrienationen an den Bodenschätzen der Region und das Risiko weltweiter sozialer Ungerechtigkeit. Hilfsorganisationen waren eindringlich: Wenn in den nächsten Tagen nicht mehr zur Unterstützung unternommen wird, werden vor allem in Zentralafghanistan unzählige Menschen schlichtweg verhungern. Wie armselig, wie billig, wie wenig ernst gemeint das bisherige humanitäre Konzept der U.S. Luftwaffe war, wird darin deutlich, dass sie gelbe Lebensmittelpakete mit US-Flaggen verziert für die hungernde Bevölkerung abwarf, die mit den ebenfalls gelben, nicht explodierten Sprengkörpern aus Streubomben zu wechseln sind.

Die Chronik der Menschenrechtsverletzung in Afghanistan reicht weiter zurück als die Schreckensherrschaft der Taliban. Die heutige von den Vereinigten Staaten unterstützte und aufgerüstete Nordallianz, bestehend aus den von 1992 bis 1996 regierenden Parteien, demütigte ebenfalls die Frauen, verdächtigte sie der Kollaboration mit der sowjeti-

schen Besatzungsmacht. Neben einer völligen Entrechtung wurden sie vertrieben, massenhaft vergewaltigt und verfolgt. Als dann 1996 die (zuvor durch für die USA noch nützlichen und durch sie unterstützten) Taliban in vielen Landesteilen an die Macht kamen, erlebten sie eine Form der Geschlechterapartheid, die selbst in den fundamentalistischen islamischen Staaten ihresgleichen sucht. Arbeits-, Ausgeh- und Schulbesuchsverbot, Verschleiervorgang, drakonische Strafen bei „unislamischem Verhalten“: Prügel, Auspeitschung, Amputationen und Steinigungen. Frauen ohne Burka, die Ganzkörperverschleierung, wurden erschossen.

Starke Frauen – schwache Frauen?

Afghanistan war nicht schon immer von barbarischer hegemonialer Männlichkeit geprägt, wie wir es derzeit wahrnehmen. Jahrzehntelangen unterdrückerischen Regierungen zum Trotz waren und sind die afghanischen Frauen nicht nur Opfer ohne eigene Stimme. Sie spielten vor mehr als 30 Jahren sogar eine wichtige Rolle im öffentlichen und politischen Leben. In den 60er Jahren ermöglichte eine am französischen Recht orientierte Verfassung freie Wahlen, und in der Folge wurden vier Ministerien von Frauen besetzt. 40 % der Ärzteschaft in Kabul waren Frauen, sie

stellten 50 % der zivilen Regierungsangestellten und 70 % des Lehrpersonals. Aus einer Studentenbewegung im Jahr 1968 ging 1977 die bekannteste Frauenorganisation Afghanistans RAWA (Revolutionärer Verband der afghanischer Frauen) hervor. Die ihr angehörenden Frauen stammten vornehmlich aus der Gruppe der Intellektuellen und der Mittelschicht. Nach dem Einmarsch der Sowjets 1979 flüchteten viele der emanzipierten Frauen vor Verfolgung, Gefängnis und Mord ins Ausland, vornehmlich in die Grenzstädte Pakistans. Heute wird die Mitgliederzahl auf etwa 2000 geschätzt, RAWA besteht nun überwiegend aus Frauen aus Flüchtlingslagern.

Die Organisation agiert vornehmlich im Untergrund, seit 24 Jahren sichert sie unter Lebensgefahr Bildung und Überleben von Frauen in Afghanistan und in den Exillagern. Insbesondere an der politischen Zukunft Afghanistans müssen die Frauen und Frauenorganisationen partizipieren. Sie lediglich bei humanitären Maßnahmen zu beteiligen, verlängert die Entmündigung der Frauen.

Es wird keine Zivilgesellschaft in Afghanistan und anderswo geben, wenn Frauen von politischen Gestaltungs- und Entscheidungsebenen ausgeschlossen sind. Schnellstens sollte zur Einflussnahme auf die jetzige Situation eine internationale von der UN

beauftragte Beobachterinnengruppe nach Afghanistan entsendet werden. Afghaninnen plädieren dafür, für eine nach-Taliban-Zeit an der liberalen Verfassung aus den 60er Jahren anzuknüpfen und nicht den Warlords, die nichts außer Krieg und Kämpfen kennen, die Definitionsmacht zu überlassen.

Grüne Frauen fordern: Sofortige Einstellung des Bombardements und der Waffenlieferungen in die Region, Schutzkorridore für die Zivilbevölkerung, Grenzöffnung für Kriegsflüchtlinge, politische Konfliktlösungskonzepte, Verankerung der Frauenpolitik in der Außen- und Internationalen Politik, bei der Hilfsgüterverteilung und Flüchtlingshilfe, Unterstützung unabhängiger afghanischer Frauenorganisationen, z.B. der RAWA. Einbeziehung von (Exil-) Frauen und Frauenorganisationen. Jede Unterstützung eines politischen Regimes ist an die Bedingungen der Umsetzung von Frauenrechten und weibliche Partizipation zu knüpfen.

Spendenadresse:
Afghanisches Kultur- u. Kommunikationszentrum,
Postbank, BLZ: 100 100 10,
Kto: 0203 979 103,
Kennwort RAWA
http://www.rawa.org

Birgit Ebel

Sprecherin der LAG Frauenpolitik NRW-Delegierte im Bundesfrauenrat

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

Foto: 14.11.2001

„In den 60er Jahren ermöglichte eine am französischen Recht orientierte Verfassung freie Wahlen und in der Folge wurden vier Ministerien von Frauen besetzt. 40 % der Ärzteschaft in Kabul waren Frauen, sie stellten 50 % der zivilen Regierungsangestellten und 70 % des Lehrpersonals.“

Foto: Mai 1980

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

Schlechte Karten: Afghanistan-Flüchtlinge in Deutschland

Mit immer neuen Tricks wird Afghanistan-Flüchtlingen in Deutschland das Leben schwer gemacht. Noch immer klagt der Bundesbeauftragte für Asyl regelmäßig gegen die positiven Bescheide seiner Behörde.

Als im Jahr 1980 die olympischen Spiele in Moskau wegen des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan boykottiert wurden, machte der Bundesregierung eines viel mehr Sorgen als die Situation der Menschen in Afghanistan: dass bloß niemand von ihnen nach Deutschland flüchtet. Im selben Jahr noch wurde die

Visumpflicht für Afghanen eingeführt. Diejenigen Flüchtlinge, die es trotzdem schafften, nach Deutschland zu kommen, hatten bis 1988 eine reelle Change, Asyl zu erhalten. Danach verfestigte sich eine Rechtsprechung, die behauptete, es gäbe inländische Fluchtalternativen, wodurch Asylanträge meistens chancenlos waren. Wer nun glaubt, dass sich das änderte, nachdem die Taliban ihre Schreckensherrschaft errichtet hatten, irrt: Dann hieß es seitens der Gerichte, es handle sich nicht um eine reguläre Regierung, und somit könne, trotz Folter und

Terror, keine politische Verfolgung vorliegen.

Dieser unhaltbare Zustand wurde erst im Mai 2001 durch das Bundesverfassungsgericht beendet. Von nun an waren die Asylanträge afghanischer Flüchtlinge meist erfolgreich. Doch man fand einen neuen Weg, den Flüchtlingen Steine in den Weg zu legen: Der Chef derjenigen Behörde, nachdem die Taliban ihre Schreckensherrschaft errichtet hatte, nämlich des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Asylbewerber, klagte gegen die positiven Bescheide seiner eigenen Behörde. Asylsuchenden

Afghaninnen, die sich unter den Taliban bis auf ein kleines Sichtgitter total verschleiern mussten und ihr Haus kaum verlassen durften, hielt er vor, sie müssten ja nicht „gegen die Kleiderordnung verstoßen“. Die Kennzeichnung von Hindus mit einem gelben Abzeichen, das viele an den Judenstern erinnerte, diente nach Meinung des Bundesbeauftragten für Asyl nur dem Schutz der Betroffenen.

Dies führte dazu, dass die meisten afghanischen Flüchtlinge nur noch geduldet werden, also keinen rechtmäßigen Aufenthalt

haben. Nach dem Inkrafttreten des neuen Ausländerrechts wendeten sich die Aussichten der Menschen aus Afghanistan, einen gesicherten Status zu erhalten, verschlechtern. Während ihnen nach altem Recht die Möglichkeit offen stand, eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen zu erhalten, bleibt nach der geplanten Novelle nur die Niederlassungserlaubnis, die mit erheblich höheren Hürden versehen ist.

Stefan Riese

Vorstand KV Münster

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

„Kinder sitzen nach schweren Bombenangriffen auf Kabul am 18.10.2001 in den Trümmern eines Hauses in einem Stadtteil von Kabul.“

Streubomben und Lebensmittelpakete

Wenn etwas die Fragwürdigkeit der bisherigen Kriegsführung des Pentagon verdeutlicht, dann die Rundfunkbotschaft, die seit Anfang November an die leidgeprüften Menschen am Hindukusch gerichtet wird: Vorsicht vor gelben Blindgängern. Mit Bomben wollte man die Taliban schwächen, mit Lebensmittelpaketen den »einfachen« Afghanen signalisieren, dass nicht sie Ziel dieses Krieges gegen den Terrorismus sind.

Doch nun werden selbst die abgeworfenen Lebensmittel-Päckchen zur Gefahr: Seit Anfang

November warnen die USA die Bevölkerung Afghanistans über Rundfunk vor einer Verwechslung von Streubomben mit den ebenfalls von US-Flugzeugen abgeworfenen Lebensmittelpaketen. Unter Umständen kommen die Streubomben am Boden nicht zur Explosion und stellen so eine Gefahr für Menschen auf der Suche nach den in gelbem Plastik verpackten Nahrungsrationen dar. Diese lassen sich von weitem schlecht von den in gelben Gehäusen steckenden Bomben unterscheiden. Mit einer Nachricht an die „noble Afghan peo-

ple“ macht ein US-Propagandaseiter darauf aufmerksam, dass die Essenspakete rechteckig sind, im Gegensatz zur zylindrischen Form der Bombe.

Zudem erklärte das Pentagon Anfang November, die Farbe der Nahrungspakete ändern zu wollen. „Ich denke, sie werden blau werden“, erklärte Luftwaffengeneral Richard Myers. „Das wird aber einige Zeit dauern.“ Zahlreiche Hilfsorganisationen und Intellektuelle kritisieren schon seit Wochen die Kriegsführung. Amnesty International etwa sieht mit dem Einsatz von US-Streubomben

in Afghanistan das Verbot „wahlloser Bombardements“ gebrochen. Damit verstoßen die Amerikaner gegen die UNO-Konvention von 1986 zur Ächtung inhumaner Kampfmittel im Krieg. Nach Auffassung des Schriftstellers Walter Jens sei dies eine „verbrecherische Aktion“, denn die Streubomben träfen eindeutig zuerst die Zivilbevölkerung.

Die Vereinten Nationen hatten berichtet, Tausende von Afghanen könnten wegen nicht explodierter Streubomben ihre Häuser nicht verlassen.

Minen-Initiativen kritisieren

scharf den Einsatz von Anti-Personen- und Anti-Fahrzeugminen, die zum Beispiel in der Tausend-Kilo-Clusterbombe CBU-89-Gator stecken. Sie alle sind eine große Bedrohung für die Zivilbevölkerung, vor allem Kinder, wie die Zahl der sprunghaft angestiegenen Unfälle demonstriert. Und wie die Erfahrungen aus zwei Jahrzehnten Krieg in Afghanistan zeigen, werden sie auch noch in vielen Jahren töten.

Hubertus Zdebel

Vorstand KV Warendorf

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

„Einwohner inspizieren am 21.10.01 in Jadeed im Nordosten von Kabul ein angeblich bei einem US-Bombenangriff zerstörtes Haus.“

„Kollateralschäden“

Dorf bombardiert

Eine Gruppe ausländischer Journalisten konnte unter Aufsicht der Taliban das bombardierte Dorf Kurram besichtigen, wie „Spiegel online“ am 17.10. berichtet hat. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Associated Press berichteten Bewohner von bis zu 230 Getöteten seit Beginn der Luftschläge.

Rotkreuzlager absichtlich bombardiert

Am 16.10 wurden zwei Lagerhäuser des Roten Kreuzes in Kabul bombardiert und zerstört. Auf dem Dach eines jeden Lagerhauses war gut sichtbar ein drei-mal-drei Meter großes rotes

Kreuz auf weißem Grund. Nach Protesten des IKRK unter Hinweis auf das Völkerrecht und mit genauer Lagebeschreibung seiner Hilfsgüterlager bombardierten die Alliierten dasselbe Lager am 23.10. noch einmal. Nahrungsmittel und Decken für etwa 55.000 Familien wurden zerstört. Laut NBC geschah dies absichtlich, damit die Nahrungsmittel nicht den Taliban in die Hände fallen.

Wohnhäuser bombardiert

Die französische Nachrichtenagentur AFG berichtete am 21.10., dass in Kabul zwei Wohnhäuser von einer Bombe getroffen worden sind, wobei

acht Menschen ums Leben kamen. Die Häuser befanden sich im Wohnviertel Chair Chana, wo sich keine bekannten Stützpunkte der Taliban befanden.

Pilgerort bombardiert

Alliierte Bombenangriffe haben einen Sufi-Pilgerort, der besonders vor Freitagen Gläubige anzog, zerstört, und zwar gerade an einem Donnerstag von 9 Uhr abends bis Freitag früh. Dies berichtete die taz am 13.11. unter Berufung auf den CNN-Journalisten Haider. Dieser hatte dort nichts gefunden, was auf einen Militärstützpunkt deuten könnte.

Bergdorf bombardiert

Im gleichen Bezirk wie der zerstörte Pilgerort entdeckte Haider das durch Bomben zerstörte Dorf Usmanzai. Dessen Bewohner hätten in größter Armut in Berghöhlen gelebt, die vermutlich von den Alliierten fälschlicherweise für Taliban-Verstecke gehalten wurden.

Altersheim von Bombe getroffen

Eine amerikanische Bombe hat nach Angaben der Pentagon-Sprecherin Victoria Clarke vom 23.10. ihr Ziel verfehlt und hat ein Altersheim bei Herat getroffen. (Quelle: „Spiegel-online“)

Wohnhaus in Kabul und zwei Dörfer bombardiert

Ein Reporter der Nachrichtenagentur AP sah in Kabul nach einer Lufttacke auf die Stadt, die Leichen von vier Kindern und einem Mann. Der arabische Sender Al Dschasira berichtete von 15 getöteten Zivilisten. Es wurden Bilder von Kindern gezeigt, die tot unter Trümmern eines Wohnhauses hervorgezogen wurden. In einem Dorf seien nach Angaben italienischer Ärzte außerdem 16 weitere Menschen getötet worden. Weiterhin wurde berichtet, dass ein Dorf im Gebiet der Nordallianz getroffen worden ist. (Quelle: „Spiegel-online“ 28.10.)

aus lizenzrechtlichen Gründen hier keine Abbildung

„Männer betrachten am 26.10.01 das brennende Lagerhaus des Roten Kreuzes (ICRC) im Bezirk Wazir Abad im Nordosten Kabuls.“

„...dann gibt es nur eins:

Sag NEIN!“

Du. Pilot auf dem Flugfeld. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst Bomben und Phosphor über die Städte tragen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

(...)Du. Mann auf dem Dorf und Mann in der Stadt. Wenn sie morgen kommen und dir den Gestellungsbefehl bringen, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!

(Wolfgang Borchert, kurz vor seinem Tod im November 1947)

Zahl der Kriegsdienstverweigerer steigt sprunghaft an

Heute liegen die zerbombten Städte in Afghanistan und der Gestellungsbefehl heißt Einberufungsbescheid und kommt per Post. Die deutlichste Möglichkeit, sich persönlich gegen den Krieg zu wenden, ist aber immer noch, konsequent NEIN zu sagen; bei der Vorbereitung und Durchführung des Krieges schlicht nicht mitzumachen. Für wehrpflichtige Männer heißt dies, den Kriegsdienst zu verweigern.

In den letzten Wochen erklärten immer mehr Menschen, den Kriegsdienst verweigern zu wollen. Die Zentralstelle KDV in Bremen, eine bundesweite Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer, verzeichnet seit dem 11. September einen sprunghaften Anstieg der Anfragen. Seitdem die rot-grüne Bundesregierung ernsthaft die Beteiligung deutscher Soldaten am Afghanistan-Krieg angekündigt hat, stehen die Telefone nicht mehr still und der E-Mail-Briefkasten quillt endgültig über. Besonders auffällig: Gerade ehemalige Soldaten, also die, die wissen, wozu es im Ernstfall geht, – und

die als Reservisten jetzt jederzeit einberufen werden könnten – wenden sich in Scharen von der Bundeswehr und der deutschen Kriegspolitik ab. Gab es im gesamten Jahr 2000 etwa 50 KDV-Anfragen von Reservisten, so sind es in den Wochen seit dem 11.9.01 allein ca. 300 ehemalige Soldaten, die ausführliche Infos per Post angefordert haben. Bei der Hauptgruppe der Beratungen, den Ungedienten (17-19 jährige Schüler und Auszubildende) und den aktiven Soldaten (meist Grundwehrdienstleistenden) gibt es eine Steigerung um 50% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zu den Beratungen am Telefon und dem Infoversand per Post kommen noch täglich Hunderte Interessierter, die per Internet auf die Infos der Zentralstelle KDV zugreifen (Zahlen auf dem Stand 9.11.).

In den weit mehr als 1000 Telefonaten, die die Berater der Zentralstelle KDV in den letzten acht Wochen geführt haben, wurde eines ganz deutlich: Bei allem Abscheu vor den terroristischen Angriffen auf New York und Washington sind sich Kriegsdienstverweigerer einig, dass die Antwort der USA und auch Deutschlands, ganz Afghanistan mitsamt der Zivilbevölkerung mit Krieg zu überziehen, nicht zu rechtfertigen ist. Manche sagen ganz ausdrücklich, dass sie verweigern, damit sie nicht zu Mördern gemacht werden können.

Anders als zu Borcherts (und Tucholskys) Zeiten gibt es zum Glück heute das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung. Wer nachträglich verweigern will, schickt am besten sofort einen unterschriebenen

Brief an das Kreiswehersatzamt, etwa mit dem Text: „Hiermit verweigere ich den Kriegsdienst aus Gewissensgründen gemäß Art. 4 Abs. 3 GG.“. Nachzureichen sind dann noch ein Lebenslauf, ein polizeiliches Führungszeugnis und eine ausführliche Begründung der Kriegsdienstverweigerung.

Wer als Schüler oder Auszubildender Wehr- oder Zivildienst noch vor sich hat, sollte sich im Internet unter www.wehrpflicht-nein-danke.de gründlich über den geschickten Umgang mit der Wehrpflicht informieren.

Paul Betz

Berater für Kriegsdienstverweigerer in der Zentralstelle KDV

Kontakt:

www.wehrpflicht-nein-danke.de
www.zentralstelle-kdv.de

Hotline: 0421-340025

Post:

Zentralstelle KDV
Dammweg 20
28211 Bremen

1979: uneingeschränkte Solidarität von DKP und SED mit der UdSSR

Der Einmarsch der Sowjetunion 1979 wurde von SED und DKP uneingeschränkt unterstützt. „Im Einklang mit der UN-Charta“ nehme das afghanische Volk sein Recht „auf kollektive und individuelle Selbstverteidigung“ wahr. „Voll und ganz“ unterstützt die SED daher die „internationalistische Hilfe“ der UdSSR. (Neues Deutschland 31.12.79)

In der Bundesrepublik begrüßte die DKP den Einmarsch sowjetischer Truppen gleichfalls: er diene der „Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Region“ (ND 7.1.80). Hunderttausende Menschen in Afghanistan überlebten diese „Solidarität mit dem afghanischen Volk“ (ND 31.12.79) nicht. Heute demonstriert die DKP wieder für den Frieden in Afghanistan.

Wilhelm Achelpöhrer

Sprecher KV Münster



Nein zum Krieg

MdB Annelie Buntenbach zur Bundeswehrentscheidung

Der furchtbare Terroranschlag am 11. September kann keine weiteren unschuldigen Opfer rechtfertigen. Die Bomben haben in Afghanistan Wohnviertel, Krankenhäuser, Zivilisten, UN-Mitarbeiter und Kinder getroffen. Nun stehen Angriffe auf weitere Staaten zu befürchten. Daran will sich auch die Bundesrepublik beteiligen. Der Beschluss, der dem Bundestag vorlag, war ein Bereitstellungsbeschluss. Er ließ Einsatzgebiete und Auftrag der Soldaten offen. Von den Abgeordneten wurde die Zustimmung zu einer „Ermächtigung“ der Regierung verlangt, diese später zu bestimmen. Für die Entsendung von Soldaten, zumal in einen ungewissen Krieg, konnte ich die Verantwortung nicht übernehmen.

Dass jene Terroristen, die für den Anschlag am 11. September verantwortlich sind, bekämpft und zur Rechenschaft gezogen werden müssen, steht außer Frage. Jedoch nicht durch einen Krieg, der die Zivilbevölkerung eines ganzen Landes trifft. Wer eine Verbrechergruppe jagen will und ganze Staaten angreift, lässt sich auf ein Abenteuer ein, das schnell eskalieren kann.

Der Terroranschlag wurde zum Anlass für weitreichende politische und militärische Entscheidungen genommen. An vorgegebenen Zielen für diesen Krieg fehlt es nicht. Sie reichen von der Ergreifung des vermeintlichen

Täters Bin Laden über den Sturz des Taliban-Regimes bis hin zu „Rache, Vergeltung“ und dem „Kampf der Kulturen“.

Nach den Ankündigungen aus den USA wird der Kampf gegen den Terrorismus ein lang andauernder Krieg, der die Bevölkerung weiterer sog. „Schurkenstaaten“ treffen kann. Keine dieser Ziele entsprechen dem, was nach dem 11. September verteidigt werden sollte, nämlich Rechtsstaatlichkeit und Zivilisation. Die Wahllosigkeit zeigt eine Entgrenzung, in der nur noch eines gilt: Der Vorrang militärischer Lösungen und eine Militarisierung von Politik und Gesellschaft. Die überstürzten Maßnahmen in der Außen- und Innenpolitik zeugen nämlich nicht von Besonnenheit. Die Anpreisung der Aufrüstung der westlichen Geheimdienste als Lösung des Terrorismusproblems ist ebenso fragwürdig wie kontraproduktiv.

Genau diese Geheimdienste haben sowohl die Taliban als auch Saddam Hussein jahrelang unterstützt und zu dem gemacht, was sie heute sind. Damit stellt sich die Frage, inwieweit militäristische Handlungsoptionen das Problem überhaupt lösen können.

Den Gegnern von Militäreinsätzen wird gerne der Vorwurf gemacht, sie hätte keine Alternativen aufzuweisen. Dabei gibt es sehr wohl politische Handlungsmöglichkeiten. Sie sind langwieriger und erfordern Geduld,

aber sie sind auch nachhaltiger und beschädigen nicht den Rechtsstaat und Demokratie.

Politische Maßnahmen können etwa in der Verfolgung der finanziellen Transaktionen von Terrornetzwerken liegen. Notwendig wären internationale Maßnahmen gegen ABC-Waffen und deren Proliferation mit einer umfassenden Kontrolle der fraglichen Substanzen in allen Ländern. Die strafrechtliche Verfolgung müsste durch die Stärkung eines internationalen Strafgerichtshofes, der von allen akzeptiert und anerkannt wird, gesichert werden. Vor allem aber muss dem Terrorismus politisch begegnet werden. Er ist die spektakulärste Ausdrucksform politischer Gewalt und kann nur in diesem Zusammenhang erfolgreich bekämpft werden. Zwar gehören viele Terroristen nicht zu den ärmsten der Armen im Trikont, aber sie instrumentalisieren eine globale Ungerechtigkeit und Armut. Zur politischen Deeskalation muss daher die Bekämpfung von Hunger und Armut in den Ländern des Südens und ein gleichberechtigter Dialog gehören. Wer stattdessen zum „Kampf der Kulturen“ aufruft, trägt nicht nur zu mehr Rassismus, sondern zur Eskalation bei.

Annelie Buntenbach
KV Bielefeld

Download

der Ausgabe unter www.gruene-friedenszeitung.de

Bezug

Ab 100 Exemplare zum Preis von 0,10 € je Exemplar erhältlich unter:
Bündnis 90/Die Grünen
KV Münster
Bremerstr. 54
48155 Münster
E-Mail: gruene@muenster.de

Spendenkonto

Sparkasse Münsterland-Ost
BLZ 400 501 50
Kto.Nr. 500 27 53
Stichwort: „Friedenszeitung“

Impressum:

Anschrift der Redaktion:
Grüne Friedenszeitung
Bremerstrasse 54 - 56
48155 Münster
Tel.: 0251 8995820
www.gruene-friedenszeitung.de

Vi.S.d.P.: Meinolf Sellerberg
c/o Redaktion

Auflage: 40.000
Satz und Layout: badura grafik

Gewaltlosigkeit heißt nicht Tatenlosigkeit!

„Es gibt keine Alternative zum Krieg!“

versichern dieser Tage unisono Politiker und Meinungsmacher aller Couleur. „Krieg ist ungerecht und grausam – aber was sollen wir sonst tun gegen den Terror?“, fragen viele Menschen. Zugleich stellt nicht nur die Boulevardpresse Kriegsgegner als hilflose Pazifisten dar, die dem internationalen Terrorismus mit Appellen und Friedensgesängen beikommen wollen. Vor Beginn des Krieges war es Gemeingut, dass es als Antwort auf die Verbrechen vom 11. September vielfältiger diplomatischer, politischer, wirtschaftlicher und entwicklungs-politischer Anstrengungen bedarf. Militärische Aktionen seien nur ein kleiner, bei weitem nicht der wichtigste Aspekt der Terrorismusbekämpfung, meinten auch die Bundesregierung und die Bush-Administration.

Wie also könnte ein alternatives Vorgehen aussehen? Einige Beispiele:

- Zentrale Bedeutung kommt der Aufrechterhaltung einer möglichst umfassenden internationalen Anti-

terrorcoalition zu, um die Terroristen zu isolieren und ihre bisherigen Helfer durch politischen Druck und wirtschaftliche Anreize zur Einstellung ihrer Unterstützung und zur Auslieferung der Terroristen zu bewegen.

- Im Rahmen der internationalen Antiterrorcoalition kann eine intensivierte Kooperation der Polizei- und Strafverfolgungsbehörden und ein verbesserter Informationsfluss zwischen den Nachrichtendiensten ein weltweit koordiniertes Vorgehen bei der Entdeckung und Zerschlagung terroristischer Strukturen gewährleisten. Zur Aburteilung der Täter ist die Errichtung des (von den Vereinten Staaten weiter heftig bekämpften) Internationalen Strafgerichtshofs entschlossen voranzutreiben.

- Neben dem gezielten Zugriff auf Terroristen gilt es, die Finanzierungswege des internationalen Terrorismus aufzudecken und lahmzulegen. Das erfordert eine wirksame, international koordinierte Bankaufsicht sowie politischen Druck zur weltweiten Durchsetzung strenger Geldwäschevorschriften. Außerdem ist eine drastische Einschränkung des internationalen Waffenhandels erforderlich, um Terroristen und ihren Unterstützern den Waffennachschub abzuschneiden.

- Armut und Perspektivlosigkeit, schwelende Regionalkonflikte, Ungerechtigkeit und Unterdrückung erleichtern skrupellosen Terroristen ihr Handwerk und ihre Rekrutierung. Eine langfristig wirksame Strategie gegen den Terrorismus muss hier ansetzen. Wir brauchen daher diplomatische Initiativen zur friedlichen Konfliktbeilegung, insbesondere im Nahen Osten. Außerdem muss die Entwicklungshilfe aufgewertet werden: ein

Bruchteil der jetzt für Bomben verausgabten Mittel könnte viel bewirken gegen Hunger, Armut und Hoffnungslosigkeit in der Welt.

- Überdies bedarf es innergesellschaftlich wie international einer offensiven Diskussion um die Verteidigung und Durchsetzung von Bürgerrechten, Grundfreiheiten und Toleranz als Basis einer multiethnischen und multi-religiösen, auf Achtung der Menschenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter gegründeten Weltgesellschaft, durch die Intoleranz und Fanatismus der Boden entzogen wird.

Es zeigt sich also: Gewaltlosigkeit heißt nicht Tatenlosigkeit!

Die vorgeschlagenen Maßnahmen können keinen schnellen Erfolg im Kampf gegen den Terrorismus garantieren. Gleiches gilt aber auch für die militärischen Strategien: nicht ohne Grund werden wir auf einen langen Krieg ohne klar definierbares Ende eingestimmt. Eine „militärische Lösung“ des Terrorismusproblems ist nicht erkennbar. Die Erfahrungen aus anderen Konflikten sprechen vielmehr gegen das Szenario eines militärischen Sieges über den Terrorismus. Im Gegenteil droht der Krieg die Terroristen zu Helden und Märtyrern zu stilisieren und durch das ungeheure Leid der Zivilbevölkerung neuen Hass und neuen Terror zu befördern.

Das Denken in politischen Alternativen war immer die Stärke von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Diese Stärke sollten wir auch heute pflegen, anstatt uns dem Mantra der angeblichen Alternativlosigkeit des Krieges anzuschließen, das bislang noch jeden Krieg begleitet hat.

Jens Kendzia
Sprecher KV Bonn

Als Grüne gegen den Krieg

Das drückt sich auch darin aus, dass man bei uns selbst denken darf und die Meinung der Basis auch in Richtung Berlin geht. In diesem Zusammenhang ist es für uns geradezu selbstverständlich, dass der Landesvorstand NRW einen engen Austausch mit den Mitgliedern in NRW unterhält.

Die Regierung braucht uns - wir gelten noch immer als Korrektiv - und das muss so bleiben. Die Grünen haben bei vielen aktuellen Themen die eindeutig besseren Konzepte: Ökologie, Verkehr, Energie, Zuwanderung, Minderheitenrechte, Frauenrechte, Tierschutz, Agrarwende. Außerdem sind die Grünen die einzigen, die sich gerade jetzt ernsthaft für den Erhalt von Bürgerrechten und die stärkere Berücksichtigung der nicht-militärischen Dimensionen von Sicherheit einsetzen.

Also – was tun ?

Dabei bleiben! Mitreden und mitmischen!

Redet mit euren Leuten vor Ort, fragt unsere Entscheidungsträger in Berlin und in den Ländern – verlasst euch nicht nur auf die Fernsprecher und die Berichterstattung der Medien.

Sammelt Unterschriften – auf der Straße, in den Fußgängerzonen und redet mit den Leuten. Schließt euch bestehenden Resolutionen an: je mehr Unterzeichner, desto wertvoller! Oder verfasst eigene Resolutionen, falls

ihr euch mit den Texten nicht identifizieren könnt.

Gründet Bündnisse – gerade auf Ortsebene, wo man vielleicht die Gewerkschafter und die Kirchenmenschen persönlich kennt, ist dies besonders wirksam. Damit gebt ihr über die Parteigrenze hinweg ein Forum für die Ängste und den Unmut, den die Regierenden mit ihrem Handeln auslösen. In einem breiten Bündnis lässt sich so manches besser organisieren.

Und, wie bei so viel anderen Projekten auch: reden, reden, reden! Es gibt gerade in unserer Partei viele Gestaltungsmöglichkeiten – nutzt sie! Wie viele andere Kreisverbände in anderen Städten machen wir in Gelsenkirchen gute Kommunalpolitik. Daran darf keine Entscheidung in Berlin oder in den Landeshauptstädten etwas ändern. Die Entscheidung, Grün zu sein und Grün zu handeln, hängt vor allem mit einer Lebenseinstellung zusammen und mit dem entsprechenden Verantwortungsbewusstsein.

Sabine Zimpel

